

Rede MdL Claudia Köhler zum 2. Nachtragshaushalt in der 45. Plenarsitzung des Bayerischen Landtags am 24.04.2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit Zuversicht und Arbeitswillen sind wir in die Verhandlungen zum 2. Paket des Schutzschirms gegangen. Diese Krise birgt bei aller Tragik aber auch Chancen. Zum Beispiel die Chance, zusammenzustehen und zusammenzuarbeiten.

Deshalb hatten wir dem ersten Nachtragshaushalt von 10 Milliarden zugestimmt.

Wir alle, alle Fraktionen, hatten am Dienstag im HH-Ausschuss die Gelegenheit, zusammen an einem Strang zu ziehen. Parteipolitisches Geplänkel beiseite zu lassen und die besten Anregungen einzubringen, Programme anzupassen, gemeinsam zu gestalten, um der Wirtschaft, den Menschen und Institutionen zu helfen und nicht durch Unachtsamkeit etwas zu übersehen und noch mehr Schaden anzurichten.

Umso mehr hat es mich gewundert, dass Sie sich dann im Ausschuss beharrlich weigern, selbst Dinge, über die es vielleicht gar keinen sachlichen Dissens gibt, in die verbindlichen Erläuterungen reinzuschreiben.

Und ganz besonders, und das ist für uns der Knackpunkt, warum wir heute nicht zustimmen können, ist die von Ihnen strikt abgelehnte Soforthilfe für unsere Kommunen. Unser Vorschlag lag auf dem Tisch: 1 Milliarde aus den 20 Milliarden für unsere Kommunen.

Unser Vorschlag einer Sonderschlüsselzuweisung, gerecht berechnet an den realen Steuereinbrüchen vor Ort, hätte unseren Gemeinden und Städten Luft verschafft. Luft, um die kommunalen Aufgaben, die Daseinsvorsorge zu sichern.

Überall in Bayern konstituieren sich in diesen Tagen neue Gemeinderäte. Wir hätten die Soforthilfe dafür eingesetzt, um den ersten Reflex, gleich mal Haushaltssperren zu verhängen und wichtige Sanierungen abzublasen oder auf die lange Bank zu schieben, zu vermeiden und damit gegebenenfalls wieder nicht nachhaltig zu handeln. Schulbauten, Kindergärten, Verkehrsbetriebe, Buslinien, Schwimmbäder, Büchereien, Kulturzentren, Sportstätten, soziale Aufgaben, Vereinszuschüsse, Seniorendienste, die Anstrengungen für die Energiewende, Photovoltaik, Geothermie, Energieberatung, das können Sie doch jetzt nicht riskieren! Das ist doch kontraproduktiv!

Die Abfederung der Gewerbesteuer- und Einkommensteuereintrüche muss jetzt passieren. Der Hilfeschrei des Städtetags ist nicht zu überhören, meine Damen und Herren!

Sie aber sagen, Liquidität reiche erst mal aus, alles Weitere sehe man im Herbst. Da können aber dann schon sinnvolle Projekte auf der Strecke geblieben sein, Klimaschutzmaßnahmen ins Stocken gebracht, öffentliche Gebäude nicht saniert – was übrigens gerade jetzt in der zwangsweise staaden Zeit sinnvoll gewesen wäre. Das würde dem Anschub der örtlichen Konjunktur dienen und wäre nachhaltig.

Problemverschiebung statt Problemlösung kann ich da nur sagen!

Mit der Aussage, Sie wollten sich nicht festlegen, haben Sie weitere dringende Themen abgelehnt:

- Mehr Schutzmaterial für Medizin, Rettungskräfte und unsere Seniorenheime
- Die regelmäßige Gefahrenzulage für Pflegekräfte
- Geld für die Unterbringung von Obdachlosen
- Die Unterstützung überbetrieblicher Bildungsstätten der Kammern
- Leistungen zur Digitalisierung des Schulunterrichts. Der Minister hat den Eltern gestern allen geschrieben, es sei eben „Neuland für alle“. Ja, das stimmt leider – aber wir haben das Jahr 2020!

Wir haben sehr wohl gesehen, dass wieder einige Forderungen aus unserem 20 Punkte-Plan bereits den Weg in Ihre Pressekonferenz gefunden haben, sehr geehrter Herr Minister:

- Den Ersatz der Kinderbetreuungsgebühren für die Kommunen
- Die Soforthilfe für Künstlerinnen und Künstler. Und da können Sie gleich nachbessern, Stichwort KSK. Und bitte greifen Sie auch unseren Schaustellern finanziell unter die Arme.
- Geld für die Studentenwerke, die Jugendherbergen und Träger der sozialen Dienste
- Mehr Testkapazitäten – und bitte nicht nur für Profifußballer!
- Geld für Frauenhäuser, aber hier pressiert es: Mieten Sie jetzt sofort leerstehende Hotelzimmer an, kümmern Sie sich jetzt um Fachpersonal

zur Betreuung der Frauen und Kinder. Sie können das auf keinen Fall den bestehenden Frauenhäusern zusätzlich aufdrücken.

Danke für die Übernahme unserer Vorschläge und die Ankündigung! Deren Umsetzung jedoch hätten wir auch gern fix im Nachtragshaushalt verankert.

Und ich bleib dabei: Es ist wahrlich keine Ungeheuerlichkeit, nach dem Abfluss der ersten 10 Milliarden zu fragen. Interessiert es Sie etwa nicht? Was ist schon wo angekommen? Was hat geholfen? Was hat nichts gebracht? Wo sollten wir nachjustieren?

Parlamentarische Kontrolle, meine Herren, bleibt wichtig, und ist vielleicht sogar wichtiger denn je.

So steht noch immer ein Bericht über die Maßnahmen für unsere bayerische Wirtschaft aus. Die Wirtschaft, für die der Rettungsschirm konstruiert wurde! (Den Minister Aiwanger selbst kann ich nicht fragen, weil er nie da ist, wenn's um die Unternehmen geht.)

Greifen die Hilfen? Schützt es auch kleinere, vorher gesunde Betriebe in der Existenz? Wie geht es unserem Handwerk?

Nachdem wir nun mehrmals vergeblich – auch schriftlich – nachgefragt haben, drängt sich mir der Verdacht auf, Sie könnten es vielleicht selbst noch nicht wissen.

Daraus schließe ich aber auch, dass Sie in dieser Situation nicht lenken, wie es nötig wäre. Gerade mit diesem 2. Nachtrag von 10 Milliarden, also insgesamt 20 Milliarden Staatsschulden, hätten wir aber lenken können, lenken müssen. Lenken und die Weichen stellen für eine nachhaltige Zukunft unserer Wirtschaft, für die Verknüpfung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Dazu wäre jetzt, und ich fürchte, nur jetzt, die Gelegenheit. Jetzt hieße es Fehlentwicklungen im Monitoring aufzuzeigen und zu steuern, immerhin sind seit dem Corona-Lockdown fünf Wochen vergangen.

Und für den Weg aus der Krise – das sag ich Ihnen gleich - wird Ihnen keine Kopie der Abwrackprämie genügen, da müssen Sie sich diesmal schon etwas mehr, etwas Besseres einfallen lassen.

Die Konjunktur stützen, zukunftsfähige Modelle fördern, die nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen: Die Wirtschaft, gerade unser Mittelstand,

erwartet einen konkreten Plan von uns, das sind wir den Betrieben – große oder kleine – schuldig.

Die Betriebe stellen sich jetzt neu auf - wenn wir diese Chance verpassen, wird sich die Wirtschaft in ein paar Monaten nicht nochmal neu ausrichten können.

Wir müssen wir mit guter Politik eine klare, verlässliche Richtschnur vorgeben, dass die Reise in Richtung Klimaschutz und Ressourcenschonung gehen muss.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sicher man kann eine Zeitlang auf Sicht fahren, aber dann braucht es auch wieder Leitplanken vor Augen, um den richtigen Weg zu gehen.

Unsere Fraktion, die gesamte Opposition, wollte diesen 2. NHH nicht nur eilig verabschieden, sondern vorausschauend einsetzen. Denn noch ein paar Mal 10 Milliarden Steuergeld nachzuschießen, das werden wir uns nicht leisten können.

Dazu hatten wir Ihnen den Rücken frei gehalten und die Hand ausgestreckt. Leider vergeblich.

Deshalb werden wir uns heute enthalten und Ihnen keinen weiteren Blanko-Scheck ausstellen.